

Liebe Genossinnen und Genossen,



es ist erstaunlich, wie manchmal Ereignisse plötzlich Schlaglichter auf Missstände werfen, die man vorher überhaupt nicht im Blick hatte. Wisst Ihr noch, bei der Einführung des Mindestlohns? Als große Teile der Landwirtschaft den Untergang jeglicher Ernte vorhersagten? Nicht, weil sie den Mindestlohn nicht zahlen konnten, sondern weil durch dessen Einführung plötzlich ans Licht kam, dass bei den Erntehelfern das Arbeitszeitgesetz, das es seit über 25 Jahren gibt, quasi nicht existent war. Durch die Aufzeichnungspflichten fiel dies plötzlich auf.

Ähnlich ist es heute mit der Corona-Krise. Die Arbeitsbedingungen an den Schlachthöfen waren sicherlich schon

vorher kein Geheimnis, doch erst jetzt kommen sie ins Spotlight. Ausländische Arbeitnehmer, die für Subunternehmer unter miserablen Bedingungen nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen und leben müssen, sind eine moderne Form der Sklaverei.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

75. Jahrestag des Tags der Befreiung: #niewieder	2
Mit gebrochenem Herzen	7
Der Kreishaushalt kann uns um die Ohren fliegen	8
SPD kämpft weiter für gebühren- freie KITAS im Land	9
Corona-App: Sinnvoll, aber kein Allheilmittel	12
Kritik ohne Wahnvorstellung	13
Mundschutz vs. Aluhut	15
Was macht eigentlich Ministerin Eisenmann beruflich?	15
Herzzentrum wird Teil der Uniklinik Freiburg	17
Unsere Medien-Ecke: Hashtags	18
Rotwild-Gespräche	19
So geht Ortsverein!	20
Mitgliederstatistik, Termine	20
Impressum	20

Und alles nur, damit wir uns abends das Billigfleisch in XXL auf den Designer-Grill werfen können. Vom Tierschutz rede ich jetzt heute mal gar nicht.

Diese Menschen werden in billigsten Unterkünften zu mehreren in ein Zimmer gestopft. Hierfür wird ihnen auch noch eine halsabschneiderische Miete direkt vom Lohn abgezogen. Dann karrt man sie in Kleinbussen auf engstem Raum zum Schlachthof, wo sie stundenlang in feuchter Luft ohne entsprechende Schutzausrüstung viel zu nah aneinanderstehend am Band arbeiten. Dass sich jetzt das Virus dort ausbreitet, ist kein Wunder. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Solche Verhältnisse darf es einfach nicht geben.

Die Corona-Krise hält unserer Gesellschaft anschaulich den hässlichen Spiegel unseres täglichen Konsums vor. Seien es Lohnunternehmer, Leiharbeiter oder auch Erntehelfer. Wenn wir unserem Konsum nur dann so reichlich und billig fröhnen können, wenn andere Menschen dafür leiden müssen, sollten wir ihn dringend überdenken. Und damit habe ich jetzt erstmal nur von den Menschen gesprochen, die hier bei uns im Land dafür schufteten. Schauen wir uns die Produktion unserer Kleidung, Handys oder anderer Waren in Ländern wie Bangladesch oder Vietnam an, wird das Umdenken riesengroß werden müssen.

Bül Stunede.

75. Jahrestag des Tags der Befreiung: #niewieder



Heute vor 75 Jahren endete der Krieg, der durch deutschen Größenwahn, Faschismus und den Glauben an die eigene Überlegenheit ausgelöst worden war. Von deutschem Boden wurde unzähliges Leid in andere Länder getragen und über das eigene Land gebracht. Ja, wir stimmen Herrn Gauland zu, es war eine absolute Niederlage. Und das war auch gut so.

Doch statt in Hass und Feindschaft zu verharren, was verständlich und nachvollziehbar gewesen wäre, haben die Siegermächte uns die Hand gereicht. Deutschland durfte aufstehen und ist mit ihrer Hilfe neu erblüht. Wir wurden in der EU als Partner akzeptiert. Diese Haltung hat zu 75 Jahren Frieden und Wohlstand geführt. Dieses

kostbare Geschenk verdient unsere Dankbarkeit und Achtsamkeit.

#niewieder darf von deutschem Boden eine Bedrohung für andere Länder, Minderheiten oder Religionen ausgehen

#niewieder "Deutschland, Deutschland über alles"

#niewieder Hass, Gewalt und Krieg

#niewieder

Wir haben unsere Genossinnen und Genossen um kurze Statements zur Bedeutung des Tages der Befreiung gebeten. Hier einige Rückmeldungen:

Birte Könnecke, Sölden



“Deutschland, Deutschland über alles” + 1 Größenwahnsinniger + zahlreiche Mitläufer = über 50 Millionen Tote + unermessliches Leid Unzähliger. Das darf sich niemals wiederholen und deswegen kann und darf da nie ein “Schlussstrich” drunter gezogen werden. “Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.” *Willy Brandt.*

Jennifer Sühr, Kirchzarten



Wir erleben momentan eine zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft. Um den Frieden zu bewahren, wird eine unserer zentralen Zukunftsaufgaben darin bestehen, soziale Gerechtigkeit zu fördern und Begegnungen zwischen Menschen zu schaffen.

Oswald Prucker, Merdingen



Wir müssen uns an die dunkelste Zeit unserer Geschichte erinnern. Ich sehe aber, dass die Erinnerung verblasst. Die einen glorifizieren wieder den Wahnsinn, der zu dieser Katastrophe geführt hat, den anderen ist diese Zeit nicht mehr wichtig.

Eine gefährliche Mischung. Da möchte ich dagegen halten, damit Geschichte sich nicht wiederholt. Erinnerung ist keine billige Symbolik.

Mia Sanner (mit Familie), Löffingen



Auch wenn es irgendwann keine Zeitzeugen mehr geben wird, werden wir die Erinnerung von Generation zu Generation weitergeben, damit so etwas nie wieder passiert!

Tanja Kühnel, Löffingen



Wir dürfen niemals vergessen:

NSDAP - wurde demokratisch gewählt, verfolgte jedoch undemokratische Ziele!

Und was wird heute demokratisch gewählt? (aus "Bei Hitlers brennt noch Licht" von Simon Pearce)

"Ganz stolz und lautstark stehn sie da - entzünden und krakehlen. Und ihre Drohung ist ganz klar: WIR GEHEN WIEDER WÄHLEN!"

Thomas Thürling, Bad Krozingen



Wer genau hinsieht, erkennt, das "Nie wieder" wird blasser in unserer Gesellschaft. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Der 8. Mai muss ein Feiertag sein, der Tag der Befreiung Deutschlands vom mörderischen Terrorregime ist Anlass genug, für einen gesetzlichen Feiertag. Gedenken und Mahnung und eine klare Intoleranz gegenüber faschistischem Gedankengut muss wieder eine stärkere Rolle spielen. Damit "Nie wieder" klar und deutlich sichtbar bleibt.



Hartmut Hitschler, Müllheim



Nie wieder dürfen wir zulassen, dass „Rechte“ an die Macht kommen.

Wir dürfen nicht vergessen, was die Nazis der Welt angetan haben und sich zu Herren über Leben und Tod erhoben haben.

Die Gräueltaten darf man nicht vergessen.

Bernd Engesser, Kirchzarten



Während meines Studiums habe ich mich intensiv mit dem Ende der Weimarer Republik und dem Aufstieg der NSDAP beschäftigt. Gesellschaften können schnell

in die Barbarei abrutschen, wenn nationaler Egoismus, Rassismus und wirtschaftliche Not zusammen kommen. Der 2. Weltkrieg und die damalige Brutalität der Machthaber nach innen und außen war kein „Fliegenschiss“ in der Geschichte, sondern entsetzlicher Höhepunkt einer Abfolge so motivierter menschlicher Gewaltausbrüche. Auch nach dem 2. Weltkrieg erleben wir bis heute ständig regionale Kriege und rassistische Verbrechen. Deshalb sollte es eigentlich heißen #hörtendlichauf und #lerntausdergeschichte

Bert Riesterer, Staufen



Wenn wir in den letzten 75 Jahren Eines gemeinsam geschafft haben, dann ist es, unserem Europa und seiner Vielfalt, den Frieden zu bringen den es verdient. Das gilt es zu bewahren! #niewieder



Claudia Collet, Breisach



„Der Friede ist das Meisterstück der Vernunft.“ – Immanuel Kant

Sandra Uecker, Titisee-Neustadt



Ich bin ein Kind der Nachkriegszeit. Ich empfinde es als beängstigend, zu sehen, was heute in der Welt geschieht. Darum braucht es ein fortwährendes und beständiges Bewusstsein für unsere Geschichte, um einer Wiederholung des Nationalsozialismus entgegenzutreten zu können.

Henry Kesper, Staufen



Kein Tropfen Schweiß fürs Vaterland, geschweige denn ein Tropfen Blut!

Gerd Ohligschläger, Vogtsburg



Nie wieder Krieg - keinen Handbreit den Kriegstreibern von heute – allen voran der Trump-Administration in USA.



Sönke Könnecke, Sölden



Das "Nie wieder" bezieht sich natürlich nicht auf den 8. Mai, also den Tag an dem es endlich vorbei war. Sondern auf alles davor. Nationalismus, Faschismus, Verfolgung, Krieg will ich alles nie erleben müssen

Josef Ott, Breisach



Schon als Schüler und Jugendlicher haben mich die Geschichte und die Verbrechen des „Dritten Reiches“ sehr interessiert und mich beschäftigt und ich habe mich dabei gefragt, wie solche ungeheuerlichen Verbrechen geschehen konnten.

Deshalb plädiere ich mit voller Überzeugung dafür, dass gerade in den Schulen die Naziverbrechen immer wieder thematisiert werden sollen. Wehret den Anfängen.

Mit gebrochenem Herzen

Ich hatte am 8. Mai die Möglichkeit, mir die Ansprache von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum 75. Jahrestag des Tages der Befreiung live anzusehen. Es war natürlich ein widersinniges Schauspiel, möchte man sagen, mit so wenigen Leuten bei einem so wichtigen Gedenktag. Aber so ist es halt im Moment und vielleicht hilft uns das ja, jenseits von Spektakel der Bedeutung des Tages näher zu kommen.



Foto: Jan Zappner / re:publica, CC BY-SA 2.0, commons.wikimedia.org

Es gab in dieser Rede einen Satz, an dem ich gestolpert bin, der mich stutzen lies, der provokativ wirkt. Ich habe dann aber schnell gemerkt, dass dieser Satz meine

Gefühlslage schlicht sehr gut trifft. Besser, als ich mir bis dahin eingestehen wollte:

„Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.“

Es ist natürlich gefährlich, diesen Satz so allein zu zitieren. Er ist eingebettet in einen Absatz, der schon auch zum Verständnis gebraucht wird:

„Rabbi Nachman hat gesagt: „Kein Herz ist so ganz wie ein gebrochenes Herz.“ Die deutsche Geschichte ist eine gebrochene Geschichte – mit der Verantwortung für millionenfachen Mord und millionenfaches Leid. Das bricht uns das Herz bis heute. Deshalb: Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.“



Wenn ich durch Freiburg gehe, dann stolpere ich sehr regelmäßig. Ich stolpere über die Stolpersteine auf den Gehsteigen. Kleine, pflastersteingroße Messingplaketten mit den Namen von ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die genau dort gelebt haben und schließlich ins KZ verschleppt und ermordet wurden.

Wenn ich Twitter aufrufe, dann stolpere ich jeden Tag und mehrmals über die Tweets der Gedenkstätte von Auschwitz, @AuschwitzMuseum, in denen Bilder von Menschen gezeigt werden, die in Auschwitz umgebracht wurden. Oft Kleinkinder, die man einfach direkt in Gaskammern warf. Auf diesen Stolpersteinen und in diesen Tweets bekommen diese Menschen Namen und Gesichter.

Und es bricht mir das Herz.

Genau deshalb hat Frank-Walter Steinmeier recht: **„Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.“**

Aber man kann es lieben. Diese Liebe braucht aber bei aller Freude über das, was nach der Jahrtausendschuld erreicht wurde, die Erinnerung an diese Zeit. Auf dass sie sich nicht wiederhole.

Oswald Prucker

Der Kreishaushalt kann uns um die Ohren fliegen

Zu den finanziellen Folgen der Coronakrise für die Finanzen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald hat der Kreisverband die folgende Pressemitteilung herausgegeben:

Bereits in den letzten Jahren hat der Schuldenstand des Landkreises ein bedenkliches Ausmaß angenommen. Ständig

steigende Sozialausgaben, dringend erforderliche Investitionen, z.B. bei den Schulen, sowie die Kostenexplosion bei der Breisgau-S-Bahn machten dies erforderlich. Zumal die Einnahmeseite alles andere als rosig ist. Da wartet der Kreis nach wie vor auf Zahlungen vom Land aus der Spitzabrechnung der Flüchtlingsunterbringung aus lange zurückliegenden Jahren in zweistelliger Millionenhöhe und auch die Vorwegentnahme des Landes von FAG-Mitteln ist schlicht kommunalfeindlich. Gleichzeitig werden immer mehr Aufgaben auf die Kreise und Kommunen runterdelegiert, ohne eine entsprechende auskömmliche Gegenfinanzierung.

Auf die Einnahmen von Seiten Land und Bund hat der Kreis keinen Einfluss. Und die andere Stellschraube, die Kreisumlage, die von den Städten und Gemeinden an den Kreis gezahlt wird, ist bereits bis zum Anschlag angezogen. Jede weitere Erhöhung verlagert das Finanzproblem lediglich vom Kreis in die Kommunen.

„Es war uns klar, dass der Haushalt 2020 auf Kante genäht und sehr optimistisch aufgestellt ist. Durch die Corona-Krise und damit einhergehende Mehrausgaben bei gleichzeitigen Mindereinnahmen, sehe ich die Gefahr, dass er uns um die Ohren fliegt“, so Kreisvorsitzende und Kreisrätin Birte Könnecke. Und weiter: „Notfalls trage ich eine weitere Verschuldung zur Finanzierung von bereits angefangenen Investitionen noch mit, aber wenn die laufenden

Kosten nicht mehr gedeckt werden können, kriegen wir ein ernstes Problem.“



Bund und Land sind gefordert, nicht nur DAX-Konzerne zu retten, sondern sich auch Gedanken zu machen, wie Kreise und Kommunen mit den finanziellen Auswirkungen der jetzigen Krise nicht im Regen stengelassen werden.

Birte Könnecke

SPD kämpft weiter für gebührenfreie Kitas im Land

Mit dem Gute-Kita-Gesetz wollte die SPD die Kita-Gebühren und die Gebühren der Kindertagespflege abschaffen. Um dieses Gesetz in den Landtag zu bringen, hat die SPD ein Volksbegehren gestartet. Die grün-schwarze Landesregierung blockierte den Vorschlag und das Volksbegehren.

Am 18.05.2020 fand nun die Verkündung des Landesverfassungsgerichts seiner Entscheidung über die Zulassung des Volksbegehrens für gebührenfreie Kitas statt. Das Gericht hat die finanziellen Auswirkungen des Gesetzesvorhabens höher bewertet, als die grundsätzliche Zulässigkeit eines Volksbegehrens. Der Landesverfassung nach sind keine Volksbegehren über Abgabengesetze möglich. Somit ist das Volksbegehren gescheitert. Der Landtag wird das Gesetz nicht beraten müssen.

Es ist bezeichnend für den inhaltlichen politischen Verfall der Grünen, die einst angetreten sind, für mehr Bürgerbeteiligung zu kämpfen, dass ausgerechnet eine grün geführte Landesregierung mit allen Mitteln verhindern will, dass ein Volksbegehren stattfindet. Denn nahezu jedes relevante Thema hat auch Auswirkungen auf den Haushalt oder Abgabengesetze. Somit ist die Möglichkeit für Volksbegehren nahezu generell ausgeschlossen.



Neben der SPD hatten sich im Frühjahr 2019 vierzehn weitere Organisationen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien in Baden-Württemberg in einem Bündnis zusammengeschlossen, um sich neben dem Ausbau und der Qualitätsentwicklung für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung stark zu machen. Neben der SPD als Initiatorin sind dies der DGB, verdi, die GEW, die IG Metall, pro Familia, der Kinderschutzbund, der Landesverband Kindertagespflege, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, die AWO, der ASB, die Naturfreunde, DIE LINKE, die Piratenpartei und die SGK.

Die wichtigsten Fakten zum Vorhaben:

In zwölf von 16 Bundesländern gibt es landesweite Regelungen zur Reduktion von Kita-Gebühren oder wie in Berlin sogar die vollständige Gebührenfreiheit. Nur Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bewegen sich bei der Gebührenfreiheit bislang gar nicht.

In Baden-Württemberg ist die Gebührenfreiheit dagegen Neuland. Es gibt nur einzelne Kommunen, wie Heilbronn, Künzelsau und Schwäbisch Hall, die sich eigenständig auf den Weg gemacht haben. Landesweit verbindliche Regelung gibt es keine, auch nicht zur sozialen Staffelung der Kita-Gebühren

96 Prozent der Eltern in Baden-Württemberg zahlen Kita-Gebühren. Laut einer aktuellen Studie sind lediglich 4 Prozent der Eltern von den Kita-Gebühren

befreit. Nur in Brandenburg sind es noch weniger. Der landesweite Durchschnittswert liegt bei 264 Euro für ein Kind unter drei Jahren bei einem Betreuungsumfang von 30-35 Stunden. Eine Familie mit einem Kind zahlt demnach über ein Jahr 3.168 Euro (12 x 264 Euro) an Kita-Gebühren.

Die gebührenfreie Kita ist gut für unsere Kinder, unsere Familien und unser Land. Hier sind sechs Gründe für die Abschaffung der Kita-Gebühren in Baden-Württemberg.

1. Familien entlasten: Der Besuch einer Kita und die Betreuung in der Kindertagespflege kosten Familien oft mehrere hundert Euro pro Monat und Kind. Durch die Abschaffung dieser Gebühren werden Familien effektiv finanziell entlastet.
2. Mehr Bildungsgerechtigkeit: Die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsbiographie wird bereits im Kindesalter gelegt. Daher sollte jedes Kind von Beginn an die bestmögliche Förderung erhalten, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
3. Kinderarmut bekämpfen: Einkommensschwache Familien sind trotz sozialer Staffelung von Kita-Gebühren überdurchschnittlich hoch belastet. Fallen die Kita-Gebühren weg, fördert dies die gesellschaftliche Teilhabe und die Bildungschancen von allen Kindern ganz ohne Stigmatisierung.
4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Der Besuch einer Kita und der Kindertagespflege sollen die Berufstätigkeit der Eltern ermöglichen und insbesondere Frauen den Weg zurück in den Beruf erleichtern. Kita-Gebühren sind jedoch eine Zugangshürde und wirken derzeit wie eine Steuer nur für Familien. So untergraben sie andere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
5. Gleiche Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land: Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob der Besuch einer Kita mehrere hundert Euro kostet oder nichts. Durch die Unterstützung des Landes, wird es auch kleineren und finanzschwachen Kommunen möglich, beitragsfreie Kinderbetreuung zu gewähren.
6. Kinderfreundliches Baden-Württemberg: Baden-Württemberg hat beim Thema gebührenfreie Kita großen Nachholbedarf, denn zwölf von 16 Bundesländern haben landesweite Regelungen zur Reduktion von Kita-Gebühren oder wie Berlin sogar eine vollständige Gebührenfreiheit. Ein wohlhabendes Land wie Baden-Württemberg kann und muss sich die gebührenfreie Kita endlich auch leisten.

Der Haushalt von Baden-Württemberg beläuft sich auf rund 50 Milliarden Euro. Allein im Jahr 2017 wurden 2,2 Milliarden

Euro Überschuss erwirtschaftet. Die Finanzsituation in diesem Land ist damit so gut wie in kaum einem anderen Bundesland. Gebührenfreiheit ist also vor allem eine Frage der Prioritätensetzung. Der Städtetag berechnet die Kosten zur Umsetzung großzügig mit rund 700 Euro Millionen, die SPD schätzt 529 Millionen Euro Kosten.

Für mehr Qualität fließen aus dem Bund über 700 Millionen und vom Land jährlich 80 Millionen Euro in die Kitas und Kindertagespflege. Der Bund unterstützt das Land bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung, die es sonst alleine hätte bezahlen müssen. Es ergeben sich dank der Unterstützung aus dem Bund also Spielräume in den Landeskassen.

Das heutige Urteil sorgt dafür, dass die Gebührenfreiheit am Willen der grün-schwarzen Landesregierung scheitert. Somit ist eines der Themen für die Landtagswahl im nächsten Jahr bereits gesetzt. Für Eltern, denen gebührenfreie Bildung und mehr Qualität im Bildungssystem wichtig für die Zukunft ihrer Kinder ist, muss klar sein, dies geht mit grün-schwarz nicht.

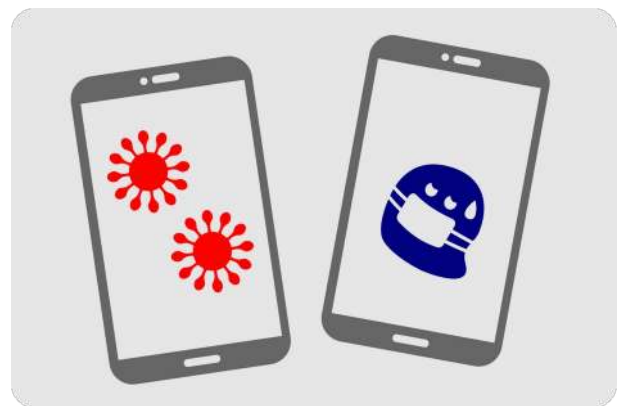
Mehr zu dem Thema gibt es auch hier: spd-bw.de/kitas

Thomas Thürling

Quelle der Angaben: SPD-Baden-Württemberg

Corona-App: Sinnvoll, aber kein Allheilmittel

Die Idee der sogenannten Corona-App ist einleuchtend. Man will dadurch Menschen warnen können, die sich längere Zeit in der Nähe eines Virusträgers aufgehalten haben und dadurch vielleicht selbst infiziert wurden. Man kann damit dann einfacher Ansteckungswege nachvollziehen und die Infektionskette durchbrechen. Die Idee wäre somit, dass man nach einem positiven Testergebnis sich in der App als Infektionsträger einträgt und die App das an alle anderen Smartphones weiter meldet, die in den Tagen vorher in der Nähe waren. Die Menschen können dann auch in Quarantäne gehen und sich testen lassen.



Klingt vernünftig, hat aber seine Tücken.

Eine solche App könnte so ausgestaltet sein, dass man daraus Bewegungsprofile aufnehmen kann. Das wäre Überwachungsstaat und das kann man auch in der jetzigen Situation nicht wollen. Es würde vor allem auch die Bereitschaft der Menschen stark reduzieren, da

mitzumachen. Übertriebene Datenschutz-ängste im Angesicht der Pandemie? Eher nicht. Es ist bezeichnend, dass Axel Voss, Europaabgeordneter der CDU mit digitalpolitischer Überwachungsagenda will schon „Vergünstigungen“ von der Nutzung der App abhängig machen will. Appnutzer sollen dann ins Restaurant dürfen oder größere Reisefreiheit bekommen. Mir schaudert.

Die Bundesregierung hat sich in dieser Frage nun allerdings richtig positioniert. Es wird keine zentralen Server geben, auf denen alle Daten zusammen laufen. Nein, die Daten bleiben nur auf den Smartphones und eine ausgeklügelte Kommunikationsweise sorgt für Informationsweitergabe unter sehr hohen Sicherheitsstandards. Ich kann das hier nicht im Detail erläutern, es würde den Rahmen sprengen. Ich finde aber, die jetzt gefundene Lösung ist sehr gut und sicher und führt zumindest bei mir zu einer hohen Akzeptanz für eine solche App.

Aber auch jetzt sollte man eine solche App nicht als Allheilmittel sehen. Wie die Smartphones nämlich miteinander kommunizieren und „messen“, wie nahe sich die Telefoninhaber tatsächlich kommen oder gekommen sind, ist technisch ungeheuer schwer. Es gibt dafür nämlich keine wirklich maßgeschneiderte Technologie. Die einzig einigermaßen nutzbare Technik auf derzeitigen Geräten heißt Bluetooth. Nutzt man meist, um kabellose Ohrenstöpsel zu

verwenden und hat so seine Zicken. Bluetooth ist vor allem nicht für Abstandsmessung gemacht und kann leicht versagen. Ein Smartphone, das gerade in der Hand gehalten wird, wird anders reagieren, als eines, das in einer Handtasche liegt, in der noch der Schlüsselbund und andere metallische Gegenstände sind. Und unabhängig von der Technik: Wenn ich das Ding daheim vergessen habe, dann wirds halt auch nicht gehen.

Fazit: Eine Corona-App ist ein sinnvolles Werkzeug für die Virusbekämpfung, weil sie schnell warnen kann. Sie ist datenschutzrechtlich sehr anspruchsvoll, aber es scheint eine Lösung gefunden zu sein. Die Technik ist kompliziert und fehleranfällig. Damit wird die App nie ein Allheilmittel sein können.

Oswald Prucker

Kritik ohne Wahnvorstellung

Für diese sonderbaren „Demokratie-Demos“, vor allem in Stuttgart, fehlt mir jedes Verständnis. Was da an Schildern und Parolen gezeigt wird, ist entweder unfassbar dumm oder brandgefährlich. Es wundert einen nicht, dass die Nazis von Pegida, Identitären und AfD sich da an die Spitze setzen wollen. Endlich wieder hasen, lautet wohl insgeheim die Devise. Trotz halten sie Grundgesetze in die Höhe

und man ahnt aber sofort, wie schnell viele der darin beschriebenen Grundrechte ruckzuck für diese oder jene Bevölkerungsgruppe und irgendwann für alle und dauerhaft vom braunen Pack außer Kraft gesetzt würden. Ein Blick nach Polen oder Ungarn reicht.

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier sorgt sich auch um unsere Grundrechte. Er setzt sich mit seiner Meinung und seinen Äußerungen aber sehr wohltuend von all diesen sonderbaren Wutbürgern ab. Er ist für mich ein wohltuender Gegenpol zu diesen brüllenden und geifernden Demonstranten, die wahlweise den Nazis oder irgendwelchen abgedrifteten B-Promis hinterher rennen.

Papier hat der Badischen Zeitung dazu ein Interview gegeben und stellt zu Beginn glasklar, dass der Lockdown, diese massive Einschränkung unserer Grundrechte – allen voran der Bewegungsfreiheit – als Notmaßnahme inhaltlich in Ordnung geht. Er hat auch keine Angst davor, „morgen in einer Diktatur zu erwachen“.

Er sagt: „Wer den Rechtsstaat schützen will, darf nicht auf Freiheitsrechte ohne Gemeinwohlbindung pochen. Es kann kein Faustrecht geben, wo jeder für sich entscheidet, was ihm angeblich zusteht. Auch Grundrechte sind im Interesse der Allgemeinheit einschränkbar.“

Es geht ihm aber um die Verhältnismäßigkeit.

Er weißt sehr zurecht darauf hin, dass man die Aufrechterhaltung der derzeitigen Maßnahmen begründen muss und nicht deren Aufhebung. Er kritisiert, wie die Einschränkungen an den Parlamenten vorbei per Rechtsverordnung der Landesregierung durchgesetzt wurden und sieht darin eine unverhältnismäßige Beschneidung der Rechte der Parlamente und vor allem der Opposition. Er fügt ebenso an, dass das Infektionsschutzgesetz nicht als Grundlage für die Schutzmaßnahmen reicht, denn dort ist ein Lockdown in dieser Größenordnung nicht vorgesehen.

All das sind wichtige und vermutlich richtige Kritikpunkte, die für das weitere Vorgehen zu beachten sind, aus denen für die Zukunft zu lernen ist und die der Legislative an der ein oder anderen Stelle ordentlich Arbeit ins Aufgabenbuch schreiben.

Konstruktive Kritik, statt Wahnvorstellungen. Ein wohltuender Kontrapunkt.

Oswald Prucker



Mundschutz vs. Aluhut

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat es eigentlich recht allgemeinverständlich erklärt, als er sagte: „... traue ich mich zu behaupten, dass unter den Gesichtspunkten des Virusschutzes, der vielleicht manchmal unbequeme und lästige Mundschutz empfehlenswerter ist, als der Aluhut.“

Wir haben sicherheitshalber noch eine Zeichnung dazu gemacht:



Oswald Prucker

Was macht eigentlich Ministerin Eisenmann beruflich?

Frau Eisenmann ist eigentlich Kultusministerin in Baden-Württemberg und da würde man doch meinen, dass sie im

Moment ganz gut mit Arbeit ausgelastet ist und zum Beispiel mit großem Eifer daran ist, die seit dem 18. Mai laufende Öffnungen bei der Kinderbetreuung in den Kitas zu organisieren und den Kommunen dafür klare Verordnungen an die Hand zu geben. Immerhin sind die Kitas seit Mitte März zu und da begannen die Planspiele für die Wiederöffnungen doch bestimmt am Tag darauf.



Möchte man so denken. Denkt man aber falsch. Frau Ministerin ist vermutlich zu sehr mit Wahlkampf oder so beschäftigt. Derweil kotzen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Strahl. Mit berufsbedingter rhetorischer Zurückhaltung.

Eine Auswahl aus den Tagen kurz vor Beginn der Öffnung:

Martin Horn, Freiburg am 15. Mai

„... Seit dem 6. Mai gibt es die Ankündigung der Landesregierung, ab dem 18. Mai die Kitas schrittweise zu öffnen. Gerne würden wir als Stadt Freiburg diese Lockerungen umsetzen, aber außer der Ankündigung sind dafür notwendige gesetzliche Vorgaben nicht erfolgt beziehungsweise bis

heute Nachmittag – Freitagnachmittag – nicht an uns Kommunen kommuniziert. Der versprochene konkrete Fahrplan fehlt somit bisher und wir müssen den Abend bzw. das Wochenende abwarten. Es ist kaum vorstellbar, wie ohne den notwendigen organisatorischen und planerischen Vorlauf bereits am Montag in den Freiburger Kitas ein „eingeschränkter Regelbetrieb“ stattfinden soll. Die Enttäuschung vieler Eltern kann ich daher gut nachvollziehen.“

Daniela Harsch, Tübingen am 13. Mai

„Die Frage, wie viele Kinder ab Montag in den Kitas betreut werden, ist keine Frage der Kurzarbeit. Es liegt bis heute keine Verordnung des Ministeriums vor, was wir unter "reduziertem Regelbetrieb" verstehen sollen. Es gibt kein Konzept für "rollierende Systeme". Und es gibt keinerlei Aussage des Kultusministeriums, wie wir mit Beschäftigten umgehen, die älter als 60 Jahre alt sind oder Vorerkrankungen haben. Es braucht klare Aussagen des Landes und keine "Pseudovorwürfe".“

Roman Götzmann, Waldkirch am 14. Mai

„Zur Stunde gibt es nach wie vor keine Verordnung aus dem Kultusministerium zur künftigen Betreuung in den Kitas. Die Regelungen dazu sollen am Samstag (!), 16.5., kommen! Ich erspare mir an dieser Stelle jeglichen weiteren Kommentar, wie ein solches Vorgehen einzuordnen ist. Verlässlichkeit sieht anders aus.“

Damit bleibt es in der kommenden Woche ziemlich sicher bei der bisherigen Notbetreuung. Wir informieren die Eltern direkt, aber auch alle Interessierten hier, sobald es Neuigkeiten gibt.

Seien Sie versichert, dass unser Team im Rathaus sowie in allen Kita-Einrichtungen aller Träger alles daran setzen wird, die Betreuungsmöglichkeiten rasch auszubauen, sobald die Rechtslage dies zulässt.“

Letztlich kam dann gar keine Verordnung, die Ministerin schob die Verantwortung kurz vor knapp komplett auf die Kommunen ab. Da platzte dann auch dem CDU-Bürgermeister aus Löffingen der Kragen:



Andreas Stoch hat Recht, wenn er das im SWR-Interview anprangert: Ich habe das Gefühl, dass bei Frau Eisenmann die Grundschulen und vor allem auch die Kitas gar nicht so richtig im Bewusstsein sind und das erleben wir jetzt. Es gibt keine Konzepte beim Kultusministerium.“

Oswald Prucker

Herzzentrum wird Teil der Uniklinik Freiburg

Das wochenlange Zittern um die Zukunft des Herzzentrums und der Arbeitsplätze hat ein vorläufiges Ende gefunden. Den vorliegenden Informationen zufolge gibt es nun zumindest eine Absichtserklärung. Demnach überträgt der Benedikt Kreutz e.V. alle Anteile und den Geschäftsbetrieb an der UHZ GmbH auf die Uniklinik. Im Gegenzug gibt die Uniklinik eine Beschäftigungsgarantie gegenüber allen Mitarbeitern und sichert den Erhalt beider Standorte, darunter Bad Krozingen als kardiovaskuläres Schwerpunktzentrum.

Neben coronabedingten Einnahmeausfällen hat insbesondere auch die komplexe Verflechtung zwischen Herzzentrum, Uniklinik und dem Benedikt Kreutz e.V., samt resultierender Umsatzsteuerpflicht für erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten bis hin zur drohenden Insolvenz gesorgt. Diese Umsatzsteuersonderregelung wurde zwar kürzlich bis 2022

verlängert, jedoch löst die Verschiebung das grundsätzliche wirtschaftliche Risiko nicht.

Die SPD Breisgau-Hochschwarzwald zeigt sich erleichtert, dass die intensiven Gespräche auf allen Ebenen nun eine positive Zukunftsperspektive gefunden haben.



Bild: Herz-Zentrum Bad Krozingen, CC BY-SA 3.0

Insbesondere danken wir unserer Landtagsabgeordneten Gabi Rolland für ihren Einsatz, zuletzt mit einem Antrag im Landtag, dass die Landesregierung sich Gedanken zu den Optionen der künftigen Personalvertretung macht und entsprechende Lösungen in das Landespersonalvertretungsgesetz aufnimmt.

Die geplante Verschmelzung des UHZ mit dem UKF über ein Pachtmodell berührt in starkem Maße auch die künftige Regelung für die Mitbestimmung der Beschäftigten. Es gibt Befürchtungen, dass dabei die Rechte und Interessen der Beschäftigten am Standort Bad Krozingen unter die Räder kommen könnten. Daher gilt es nun, mit Nachdruck die umsetzbaren Optionen für die langfristige Sicherung einer schlagkräftigen Mitbestimmung für die Beschäf-

tigten des UHZ mit eigenen Ressourcen und Präsenz vor Ort zu vereinbaren.

Wir werden die anstehenden Verhandlungen der Betriebsräte im UHZ zusammen mit den Personalräten im UKF aufmerksam begleiten und erwarten die baldige und solide Umsetzung der Ankündigungen. Dazu gehört insbesondere die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Ausgestaltung der künftigen Mitbestimmung der Betriebsräte.

Thomas Thürling

Unsere Medien-Ecke

Was ist ein Hashtag?

Hashtag – oft gesehen, doch wenig verwendet. Und was das bedeutet und wie es funktioniert, ist auch nicht allen so wirklich geläufig. Dabei kann so ein Hashtag eine recht nützliche Geschichte sein.

Hashtag ist ein zusammengesetztes Wort, bestehend aus „hash“ (englisch für Doppelkreuz #) und „tag“ (englisch für Markierung). Praktisch bedeutet Hashtag also = ein mit einem Doppelkreuz markiertes Stichwort oder auch Schlagwort.

Den Hashtag verwendet man, um z.B. Bilder, Nachrichten, Kommentare, Videos, Postings, Artikel usw. mit einem Thema oder mit bestimmten Inhalten zu verknüpfen und sie somit in den sozialen Netzwerken auffindbar zu machen.

Umgesetzt bedeutet das:

Gebe ich in der Suchleiste bei Facebook, Instagram oder Twitter z.B. den Hashtag #Schokokuchen oder #SportistMord ein, dann werden mir alle Inhalte angezeigt, die mit dem gesuchten Hashtag markiert sind.

Ein Beitrag in den sozialen Medien ist dann markiert, wenn der Hashtag im oder unter dem Text steht. Nur dann kann er vom Suchsystem gefunden werden. Poste ich ein Bild, auf dem ein Hashtag draufsteht, wird dieser vom System nicht erkannt. Für die Markierung ist immer der geschriebene (Fließ-) Text notwendig.

Generell kann man nahezu alle Wörter (auch in Kombination mit Zahlen) zu einem Hashtag machen. Im Moment sehr geläufige Hashtags sind z.B. #RKInews, #wirbleibenzuhause, #noAfD, #niewieder oder auch #Familie, #Fashion, #SPD, #SCFreiburg, #RotwildimSchwarzwald, #Schokokuchen, #LTW2021 usw.. Ob Politik, Hobby, Beruf oder Freizeit – Hashtags lassen sich in absolut allen Bereichen verwenden.

Wenn ich also möchte, dass meine Inhalte in den sozialen Medien gefunden werden oder mit einem bestimmten Thema in Zusammenhang gebracht werden, dann markiere ich sie mit einem oder auch mehreren Hashtags.

Ich habe euch wieder zwei Anschauungsbilder gefertigt – zwei Screenshots von zwei meiner Posts aus Facebook. Wie ihr seht, kann man absolut jedes Thema mit Hashtags besetzen. Wenn ihr noch Fragen

habt, dürft ihr euch natürlich auch gerne direkt bei mir melden.



Und wenn wir gerade beim Thema sind – unsere SPD Breisgau-Hochschwarzwald hat ebenfalls einen Hashtag:

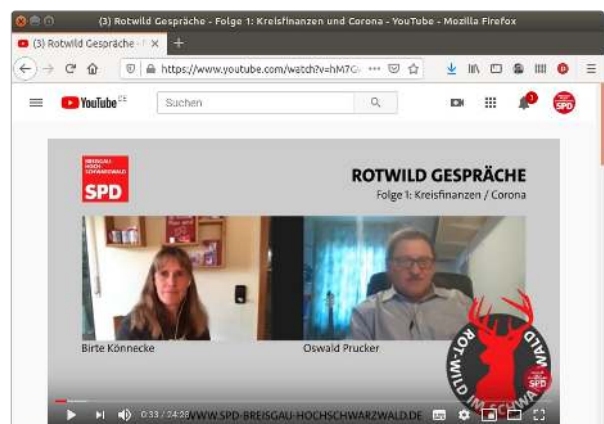
#RotwildimSchwarzwald lautet er. Wenn ihr unsere Beiträge teilt oder selbst etwas postet, was mit uns in Verbindung steht, wäre es großartig, wenn ihr unseren Hashtag drunter setzt oder im Text mit einbaut. Ihr erhöht somit die Reichweite unserer Kreis-SPD.

Tanja Kühnel

Rotwild-Gespräche

Wir probieren was neues und diskutieren online in den Rotwild-Gesprächen auf unserem YouTube-Kanal.

Im ersten Gespräch geht es bei Birte Könnecke und Oswald Prucker um die Kreisfinanzen und natürlich um Corona. Schaut mal rein. Über Anregungen, Themen oder Vorschläge für Gesprächspartner freuen wir uns immer!



QR-Code scannen oder klicken:

youtu.be/hM7GvpDubIY



WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz.

Kommt also regelmäßig auf [spd-breisgau-hochschwarzwald.de](https://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de) und zu Facebook, Instagram oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald**.



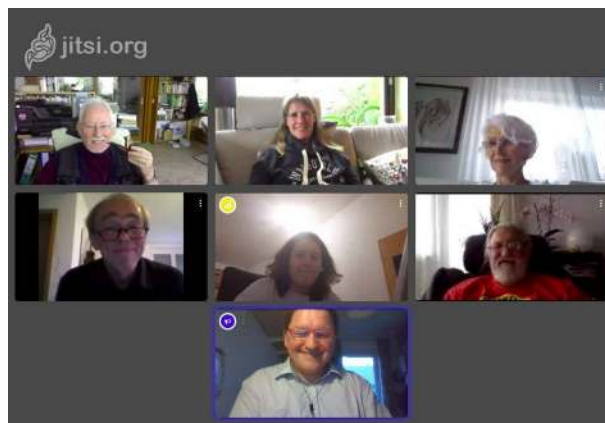
So geht Ortsverein!

Unsere Ortsvereinsvorsitzenden haben uns verraten, was in ihrem Ortsverein gut funktioniert. Vielleicht ist da ja auch eine Idee für einen anderen Ortsverein dabei? Deshalb veröffentlichen wir hier nach und nach die Rückmeldungen. Heute ist das **Markgräflerland** dran:

Kommunalpolitischer Infoabend

Im Markgräflerland gibt es alle drei Monate einen öffentlichen, kommunalpolitischen Infoabend mit unserer Fraktion.

Ansprechpartner: Hartmut Hitschler,
hartmut.hitschler@t-online.de



So könnt ihr mitmachen:

1. Nutzt euer Notebook und surft nach meet.jit.si/SpdKreisstammtisch. Als Browser müsst ihr entweder Firefox oder - besser - Google Chrome verwenden. Mit anderen Browsern funktioniert es nicht.

2. Smartphone oder Tablet. Geht in den jeweiligen AppStore und installiert "Jitsi Meet". Öffnet dann die App und gebt als Konferenzname "SpdKreisstammtisch" ein.

Wir werden ab 19 Uhr online sein und auf euch warten.

Mitgliederstatistik

Im April ist unser Mitgliederstand leider von 854 auf 852 leicht gefallen. Wir bedauern einen Austritt und trauern um ein verstorbenes Mitglied.

Termine, Termine

Corona-Pause ... WIR BLEIBEN DAHEIM!
Aber treffen können wir uns schon ...

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zum 3. Online-Kreisstammtisch auf Jitsi am **8. Juni ab 19:00 Uhr**.

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke

redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de